

Aufgabenkritik

Maßnahme 1* - Bereits in Bearbeitung

Orga-einheit	Aufgaben	Fazit/Kritik
1/10	Ausbildung, Praktika, Referendare Derzeit 22 Auszubildende	Die Ausbildungsmarktsituation erfordert, dass sich auch die Kommunen der Verantwortung einer bedarfs- und fachgerechten Ausbildung (Ausbildungspakt) nicht entziehen. Daher keine Kürzung bei der Ausbildung
1/11	Beschaffung und Unterhaltung von Inventar und Bürobedarf, Unterhaltung KFZ; Bewirtschaftung Gebäude, allgemeiner Dienstbetrieb, Parkraum; Automatisierung Mitarbeiterhandbuch Zeitschriften, Gesetze, Ergänzungslieferungen	Veröffentlichung Intranet seit 01.10.2004 aktiv Mögliche Reduzierung wird bereits auf Abteilungsebene geprüft.
1/11	Druckerei und Poststelle	Ständige Überprüfung d. Personalbedarfs im Hinblick auf technische Optimierung.
1/14	Doppik	Prüfung läuft - Möglichkeit im Jahr 2005
1/14	Versicherungen/ Schadensfälle Vertragsreduzierung	Wird derzeit geprüft.
3/30	Waffen- und Jagdrecht	Durch den Einsatz von EDV ist es gelungen den erheblichen Mehraufwand im Bereich des neuen Waffenrechtes aufzufangen.
3/31	Ausländeramt - Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Regelungen für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.	Verwaltungsvereinfachung, Geschäftsabläufe wurden optimiert.
4/46	Adoption	Keine Änderung – weiterhin mit vorhandenem Personal diese Aufgabe wahrnehmen
5/52	Stellen Landespfleger 2,65 Stellen Schreibkraft für Bereich Landespflege 0,25 Gutachten Rechnungshof RLP: 900 Fälle / 230 = 3,94 Stellen Bedarf lt. Gutachten 1,04 Stellen Frei nach Stellenplan 0,35	Mit der derzeitigen Personalausstattung können die Anträge nicht bearbeitet werden.
7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Unterbringungen psychisch kranker	Auf Dringlichkeit wird hingewiesen. Psychiaterstelle erforderlich
7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Psychiatrische Gutachten	Auf Dringlichkeit wird hingewiesen Psychiaterstelle erforderlich

Maßnahme 2* - Selbst kurzfristig durchführen

Orga-Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik
1/10	Gleichstellungsstelle	Aktuelle Umfrage veranlassen wo Gleichstellungsstelle mit 1,0 Stellenanteil noch eingesetzt ist. LKT + Umliegende Verwaltungen
1/10	Öffentlichkeitsarbeit, Partnerschaften, Presse (Homepage, Amtsblatt, DÜW-Info, Presseanfragen, Jubilare, Ehrungen, Förderungen von Sportveranstaltungen, etc.)	Die Arbeitsabläufe wurden in der letzten Zeit weitgehend optimiert (Mailversand) Umfrage bei den Kreisverwaltungen ob Stellenanteil 1,0 noch genutzt wird. Zukünftig auf druckbare Kurzfassungen für die Gemeinden achten – sonst Kosten für Veröffentlichung zu hoch.
1/11	Stellenbewertungen, Mitwirkung Personaleinsatz, Verwaltungsreform / Vereinfachung	Angebot über externe Stellenbewertung einholen.
1/12	Das Personalreferat ist zur Zeit mit 3,0 Stellen besetzt (sehr geringe Personalausstattung)	Bezüglich dem Einsatz eines EDV-Systems erfolgt erneute Kontaktaufnahme mit der PPA
1/12	Reisekosten, Dienstreise	Kosten – Nutzen – Analyse erforderlich
1/13	Dorferneuerung Finanzielle Förderung privater Dorferneuerungsmaßnahmen mit <ul style="list-style-type: none"> • Beratung der Antragssteller • Bearbeitung und Entscheidung der Förderanträge • Prüfung der Verwendung der Fördermittel 	Einigung mit den Städten, Verbandsgemeinden und Gemeinden zur Vermeidung doppelter Beratung. Bei Bürgermeisterdienstbesprechung ansprechen!
1/13	Durchführung des Kreiswettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“	Maßnahme sollte entfallen
1/15	Vollstreckung ins bewegliche Vermögen für KV DÜW, Abfallwirtschaft und VG Lambrecht Vollstreckungsstelle	Effektiveres Vorgehen bei größeren Vollstreckungen. Neufestlegung einer Kleinbetragsregelung Kostendeckendes Tätigwerden
2/20	1.) Prüfung der HH-Satzungen und HH-Pläne auf Rechtsverletzungen Der Gesamtstellenanteil Referat 20 beträgt 1,85 Stellen – differenziertere Darstellung nicht möglich, da es sich bei vielen Aufgaben um Stoßgeschäfte handelt	Änderungen bleiben abzuwarten im Hinblick auf die Einführung der Doppik. auch ausgeglichene Haushalte sollen auf Antrag der OG oder VG überprüft werden können.
2/20	4.) Rechtsaufsicht im Bereich der kommunalen Finanzen und wirtschaftliche Betätigung sowie Genehmigung von Krediten und ähnliche Rechtsgeschäfte	Wegfall der Einzelgenehmigung wird befürwortet
2/21	Mindeststreitwert festsetzen, Bagatellsachen nur noch im schriftlichen Verfahren Widerspruch muss künftig begründet werden.	Mindeststreitwert 50,-- €. Frist zur Begründung: 14 Tage. Bei Fristüberschreitung Verhandlung im mündlichen Verfahren
2/22	1.) Erlass von Bußgeldbescheiden für die gesamte Kreisverwaltung. Erteilung von Verwarnungen mit Verwarnungsgeld, soweit nicht andere Referate zuständig sind.	Auftrag: Kosten ermitteln
2/22	Radarmessungen könnten auch durch den Landkreis erfolgen; es würden die Technik für ein Fahrzeug und Auswertung benötigt werden.	Einnahmen voraussichtlich höher als Ausgaben Auftrag: Kosten ermitteln
2/23	4.) Außerschulische Nutzung von	Vorschlag befürwortet, dass Betriebsausgaben

	Schulräumen	festgesetzt werden.
2/23	5.) Bearbeitung der bezuschussten Maßnahmen (Sportförderung)	Bei mehr als 1 Antrag soll VG die Prioritäten bestimmen.
2/23	Kooperation mit Medienzentrum von der Stadt Neustadt	Initiative befürwortet
3/33	1.) Zulassungsstelle - Vollzug des Personenbeförderungsgesetzes; Vollzug der Straßenverkehrszulassungsverordnung, Zwangstilllegung von Fahrzeugen	Einsparpotential: ca. 15.000 € / Jahr bei Einführung von Kassenautomaten. Zufriedenheit anderer Landkreise erfragen. Kosten mitteilen.
4/40	4.) Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen für ambulante, teilstationäre und stationäre Maßnahmen im Rahmen des BSHG, SGB VIII und SGB XI, soweit die Zuständigkeit des Landkreises Bad Dürkheim gegeben oder dessen Beteiligung erforderlich ist.	Bisher wenig Interesse von den Nachbarkeisen – nochmals Initiative ergreifen
4/43	13.) Förderung der anerkannten Jugendverbände und freien Trägern der Jugendhilfe <ul style="list-style-type: none"> o Zuschüsse für Freizeiten, Seminare, Lehrgänge o Wirtschaftliche Abwicklung o Zuschüsse zu Freizeiten für Kinder aus wirtschaftlich und sozialschwachen Familien 	Richtlinien sollen nach Kreissauschuss bestehen bleiben. Ggf. nochmals im Jugendhilfeausschuss anregen.
4/43	25.) Finanzierung des Kinderschutzdienst durch Kreiszuschüsse	Aufgabe zusammen mit der Stadt Neustadt wahrnehmen. Initiative befürwortet – im Jugendhilfeausschuss diskutieren
4/46	19.) Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz gem. §52 SGB VIII	Klärung wer für die Stellensuche verantwortlich ist. Vorschlag befürwortet, Kontakt sollte mit Amtsgericht aufgenommen werden zur Klärung.
5/52	Genehmigungspflichtig nach dem neuen Landespflegegesetz (seit 25.05.2004) sind künftig auch Zooeinrichtungen. Intern ist zu prüfen, ob dieser Bereich nicht bei der Abteilung 6 angesiedelt werden könnte, nachdem dort auch der Artenschutz bearbeitet .	Verbesserung Geschäftsablauf. Vorschlag befürwortet.
6/60	2.2) Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes Beratung und Information von Bürgern und Gewerbebetreibenden	Fallzahlen über die Beratung liefern
6/60	8.) Mithilfe beim Vollzug des Arzneimittelgesetzes Überprüfung von Tierhaltungen und Tierpraxen Stellenanteil: 0,02	Fallzahlen liefern über die Aufgaben Nr. 4-8 (Orga 6/60)
6/61	6.) Mitwirkung bei Flurbereinigungsmaßnahmen	Abklärung der Aufgabe, wer was macht !

Maßnahme 3* - Selbst mittelfristig durchführen

Orga-Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik
1/10	Politische Gremien (Kreistag, Ausschüsse, Beiräte, Kreisvorstand, Dienstbesprechungen, Kreisrecht, Grundsatzentscheidungen/Grundsatzfragen, Verfassung und Verwaltung des Landkreises, etc.	Kostenreduzierung (Aufwandsentschädigungen) Ersparnis bei Reduzierung von 14 auf 10 Ausschussmitglieder. Anzahl der Ausschüsse ist bereits im Rahmen der neuen Hauptsatzung um 2 reduziert –Prüfen ob weitere Zusammenlegungen möglich sind - Auftrag bis 2006
1/10	Organisation und Durchführung Marathon Deutsche Weinstraße	Die FH Ludwigshafen hat zugesagt, für die Veranstaltung 2006 ein Gutachten über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Veranstaltung zu erstellen.
1/11	Planung, Installation und Konfiguration der EDV-Infrastruktur	Stetige Investitionen zum Erhalt des dienstl. notwendigen technischen Bedarfs. EDV-Mitarbeiterpool schaffen für die umliegenden Gemeinden? EDV-Personal über die KV ausbilden?
1/11	Zentrale und Information	Für Personaleinsparung wäre eine bauliche Veränderung notwendig
1/13	Die „Lokale Agenda 21“ soll als kooperativer Prozess für eine nachhaltige Entwicklung zwischen dem Landkreis und den Verbandsgemeinden/verbandsfreien Gemeinden in Gang gesetzt werden. Im Rahmen dieser Aufgabe erfolgt ein regelmäßiges Zusammentreffen mit den örtlichen Sachbearbeitern, Informationsaustausch, Unterstützung bei Problemen mit Fach- oder Aufsichtsbehörden, Ideen- und Erfahrungsaustausch, Koordinierung verschiedener Aktivitäten.	Eine größere „Verbindlichkeit“ des Grundsatzbeschlusses könnte die Motivation bei Kommunen und A-21-Gruppen steigern.
1/13	Förderung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere des Fahrradverkehrs durch <ul style="list-style-type: none"> • Aufstellung und Fortschreibung des Kreisradwegekonzepts • Planung touristischer Radwegerouten einschl. Erstellung von Beschilderungsplänen 	Unterhaltungslast der Beschilderung bei den Kommunen behindert z. T. schnelles Reagieren auf Beschilderungsdefizite.
2/24	1.) Kreisvolkshochschule (Bildungsmanagement) - Fort- und Weiterbildung nach dem Weiterbildungsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz	Zustimmung zur Abschaffung des Kreisbeirates sowie verstärkter Einsatz der EDV Bereits 0,5 Stellen abgebaut
4/41	2.) Ambulante Eingliederungshilfe	Aus dem Landkreis Bad Dürkheim sind z.Zt. 68 Kinder in Sonder- bzw. Förderkindergärten Einkommensgrenze anregen Behandlung vielleicht ähnlich den Kindergarteneltern-Beiträge. Zusätzliche Stelle wird noch besprochen Wird bereits durch Helfer-Pool forciert
5/50	c.) Baukontrolle	Ein weiterer Baukontrolleur wäre notwendig
7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Gesundheitsförderung allgemein	Aufgabe intensivieren, da volkswirtschaftlich geboten
7/Seuchen und Umwelthygiene	Aufgabe: Schutz der Trinkwasserversorgung	Aufgabe intensivieren

Maßnahme 4* - Prüfung durch den Landkreistag

Orga-Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik
1/10	Mitgliedschaften	Prüfung erfolgt vom LKT – erneut anschreiben. Technische Verteilung/Versendung verbessern.
1/12	Familienkasse	Anfrage gegenüber LKT inwieweit Kindergeldrecht vereinfacht werden kann.
3/30	Wegen des Sachverstandes sei es besser die Standesamtsaufsicht zu zentralisieren (übergeordnete Behörde). Die Fälle seien oft so spezifisch, dass der örtliche Standesbeamte oftmals über ein fundierteres Wissen verfügt, als der Sachbearbeiter der Aufsichtsbehörde. Von einer Zentralisierung der Standesamtsaufsicht wären dann alle Kreisverwaltungen im Land Rheinland-Pfalz betroffen.	Ggf. könnte dies über den Landkreistag angeregt werden Ca. 0,2-0,3 Stellenanteile hiervon betroffen. Vorschlag befürwortet
3/32	2.) Vollzug der Fahrerlaubnisverordnung, Vollzug des Fahrlehrergesetzes	Wird mit vorhandenem Personal aufgefangen. Der Vorschlag die Aufgabe auf eine Landesbehörde zu übertragen könnte über den Landkreistag eingegeben werden. Ca. 0,1 Stellenanteile hiervon betroffen Vorschlag befürwortet
6/60	b.) Erhebung von Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung	Einheitlicher Gebührenrahmen, Zeitersparnis Ersparnis bei den Verwaltungskosten (bei Buchst. b bis d)
7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Beurteilung der Abschiebefähigkeit	Aufgabe abgeben an die Gewahrsamseinrichtung
7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Lebenszeiternennung – Beamte	Aufgabe einstellen – nach Rücksprache mit LKT und ADD

Maßnahme 5* - Prüfung durch das Land

Orga-Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik
2/20	2.) Stiftungsaufsicht; Grenzänderungen, Namen, Wappen, Flaggen der Gemeinden; Zweckverbände	Rückübertragung der Aufgabe auf die ADD Initiative befürwortet
2/22	Handlungsbedarf bestehe auch in dem Bereich „Bekämpfung der Schwarzarbeit“. Hier könnten auch zusätzliche Bußgelder eingenommen werden, was allerdings zusätzliches Personal erfordert. Die Personalkosten würden aber von den Einnahmen durch die Bußgelder getragen werden.	Die Aufgabe wird unzureichend wahrgenommen Gespräch mit IHK, Handwerkskammer, Landwirtschaftskammer Vorschlag befürwortet
2/23	8.) Freigestellter Kindergarten und Schülerverkehr - Sicherstellung der Kindergartentransporte und der Transporte der Schüler, die nicht den Linienverkehr nutzen können.	Initiative zur Änderung Gesetz: Zuweisung nur im Einvernehmen mit Schulträger.
2/23	9.) Schülerbeförderung – MAXX- Tickets	Anregung in Schulgesetz: Kopplung mit Lernmittelfreiheit. Zuschuss nur bei bestimmter Einkommensunterschreitung. (entweder voller oder kein Zuschuss)
3/30	6.) Vollzug des Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetzes, Zivile Verteidigung; Zivilschutz; mit Rahmenleitplänen, Ernährungssicherstellung, Überörtlicher Brandschutz	Ernährungsamt muss aufgrund Gesetzes eingerichtet werden, ggf. Personalbedarf Prüfung der notwendigen Maßnahmen.
4/41	1.) Landesblindengeld/ Landespflegegeld Im Bereich des Landespflegegeldes / Landesblindengeldes sollten die Untersuchungen generell beim Amt für soziale Angelegenheiten durchgeführt werden oder Änderung der Rechtslage (Ausweispflicht), da es bei dem Merkzeichen „BL“ immer wieder zu Problemen kommt:	Vorschlag befürwortet
4/45	3.) Führen von Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften Vormundschaften und Pflegschaften den Anwälten übertragen; Mehrkosten für Justizkasse.	Vorschlag befürwortet
4/46	7.) Fachberatung der kommunalen Kindertagesstätten, Grundsätze der Förderung von Kindern in Kindertagesstätten Verlagerung der Heimaufsicht auf die Landkreise, z. Zt. beim Landesjugendamt	Vorschlag befürwortet
4/46	9.) Ambulante Erziehungshilfen: Sozialpädagogische Familienhilfe §31, Erziehungsbeistand §30, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung §34, § 35 a	Klage wurde abgewiesen – Das OVG weist jedoch auf die Verschiebung der Kosten zu Lasten der Kommune hin – OVG fordert Regelung durch den Gesetzgeber.

	Zur Zeit anhängige Klage, ggf. auch Verfassungsbeschwerde, da Schulen ihrer Pflichten nicht nachkommen. Begründung: kein Geld dafür ! Nach Schulordnung wäre dies eine Aufgabe der Schule. Die Förderung muss von Schule kommen durch bspw. Sonderschullehrer oder Integrationshelfer	
5/50	<p>1.) Vollzug der Baugesetze (BauGB, BauNVO) und der Landesbauordnung (LBauO);</p> <p>Bauanträge, positive Bauvorbescheide, Befreiungsanträge, Baulasten, etc.</p> <p>Es wird ausgeführt, dass das Gebührenrecht zu komplex sei. Zum Teil würde die Berechnung der Gebühren mehr Zeit erfordern, als die Erteilung der Baugenehmigung. Einfacher wäre es das Gebührenrecht zu pauschalieren (auch mehr Transparenz für den Bürger)</p> <p>Vereinfachung der LBauO: Übertragung der Verantwortung auf Architekten und Bauherren. Ggf. Verstärkte Kontrolle notwendig.</p>	Es sollte ein Schreiben an das Ministerium der Finanzen erfolgen, indem die Problematik aufgezeigt wird.
5/50	<p>1.) Vollzug der Baugesetze (BauGB, BauNVO) und der Landesbauordnung (LBauO);</p> <p>Bauanträge, positive Bauvorbescheide, Befreiungsanträge, Baulasten, etc.</p> <p>§§ 61 und 62 ff LBauO – Entfall der Baugenehmigungspflicht für öffentliche Bauten. Nur noch Zustimmungspflicht (vgl. Bundesland NRW)</p>	Selbstkontrolle der Kommunen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erscheint entbehrlich.
5/52	<p>Vollzug des Landespflegegesetzes (LPfG), des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und verschiedene EU-Richtlinien, Verordnungen (ca. 200)</p> <p>Die Genehmigungspflicht für den Einsatz chemischer Mittel entfällt nach dem neuen Landespflegegesetz. Dafür vorgesehen ist eine Anzeigepflicht, die aber unsererseits als überflüssig erachtet wird. Dabei ist zu beachten, dass bei der Verwendung chemischer Mittel eine Genehmigung nach dem Pflanzenschutzgesetz besteht und hierfür die SGD Nord zuständig ist.</p>	Verwaltungsvereinfachung bei Wegfall der Anzeigepflicht
6/60	<p>2.) Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes</p> <p>Probeentnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> o Routineproben (Planproben) o Verdachtsproben o Proben aus besonderem Anlass <p>Nicht die Lebensmittelkontrolleure holen die Proben, sondern Planproben schicken lassen</p>	<p>Risikopotential der Betriebe => Umsetzung noch nicht optimal</p> <p>Vorschlag befürwortet. Anregung machen, dass Proben geschickt werden.</p>

6/60	<p>2.1) Vollzug des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes</p> <p>Durchführung von Betriebskontrollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Plankontrollen ○ Kontrollen aufgrund von Verbraucherbeschwerden oder sonstigen Anlässen (z. B. Erkrankungen) ○ Betriebsüberprüfungen im Erlaubnisverfahren (z. B. Gaststättengesetz) 	<p>Rheinland Pfalz ist in Kritik wegen geringer Kontrollen</p> <p>Eine Verlagerung der Aufgabe auf die Landesebene (Bildung einer Sonderbehörde) wäre ebenfalls möglich >> Kostenverlagerung auf das Land >> Entlastung der Landkreise</p> <p>Verhinderung der Rechtsänderung, um weitere Stelle zu verhindern</p>
6/60	<p>4.) Vollzug artenschutzrechtlicher Vorschriften</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Ausstellung von Dokumenten nach artenschutzrechtlicher Vorschriften ○ Überprüfung nach artenschutzrechtlicher Vorschriften 	<p>Eine Verlagerung der Aufgabe auf die Landesebene (Bildung einer Sonderbehörde) wäre ebenfalls möglich >> Kostenverlagerung auf das Land >> Entlastung der Landkreise</p>
6/61	<p>1.) Förderung umweltschonender Landbewirtschaftung (FUL)</p> <ul style="list-style-type: none"> • 20-jährige Flächenstilllegung • 10-jährige Flächenstilllegung • Ackerrandstreifenförderung • Förderung der Anlage von Band- und Saumstrukturen 	<p>Durch Bildung der ADD ist die Bürokratie erheblich gestiegen und hat sich verkompliziert Kontrollverdichte erfragen.</p>
6/61	<p>5.) Maßnahmen nach der Höfeordnung</p>	<p>Höfeordnung ist unnötig! Scheitert an Landwirtschaftsverbänden Weiter die Abschaffung forcieren</p>
6/61	<p>7.) Genehmigungsverfahren nach dem Grundstücksverkehrsgesetz und dem Landpachtverkehrsgesetz</p>	<p>Gesetzeswegfall anregen</p>
6/61	<p>9.) Erfassung und Prüfung der Anträge Agrarförderung und der Flächennachweise</p>	<p>Übertragung auf DLR = Dienstleistungszentrum ländlicher Raum möglich</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Arbeitsfähigkeit Angestellte/Arbeiter</p>	<p>Aufgabe abgeben oder Mehreinnahmen ermöglichen</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Bescheinigung nach einkommenssteuerrechtlichen Vorschriften</p>	<p>Aufgabe abgeben oder Mehreinnahmen ermöglichen</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Einrichtung von Betreuungen; Überprüfung der Betreuung</p>	<p>Mehreinnahmen</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Durchführung von Drogenscreenings</p>	<p>Mehreinnahmen</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Eignung von Fahrlehrern</p>	<p>Aufgabe abgeben oder Mehreinnahmen ermöglichen</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Eignung von Schornsteinfegern</p>	<p>Aufgabe abgeben</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Eignungsuntersuchung von Altenpflegepersonal</p>	<p>Aufgabe gänzlich abschaffen</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Einstellungsuntersuchungen - Angestellter/ Arbeiter</p>	<p>Mehreinnahmen möglich</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Fahrtauglichkeitsuntersuchungen</p>	<p>Mehreinnahmen ermöglichen</p>
7/Amtsärztlicher Dienst	<p>Aufgabe: Haftfähigkeit – Gerichte</p>	<p>Mehreinnahmen ermöglichen</p>

Maßnahme 6* - Prüfung durch den Bund

Orga-Einheit	Aufgabe	Fazit/Kritik
2/20	<p>5.) Durchführung der Bundes- und Landtagswahlen, Europawahlen, Kreistagswahlen, Landratswahlen, Ausländerbeirat, Kommunalwahlen/Bezirkstagswahlen, Kreiswahlleiter</p> <p>Anregung: Briefwahl der Bundestagswahl und Europawahl werden bei der Kreisverwaltung ausgezählt. Ggf. Auszählung bei den Gemeinden, wie auch bei der Kreistags- und Landtagswahl auch.</p> <p>Wahl Ausländerbeirat wie Ausschüsse wählen ohne kompliziertes Verfahren nach dem Kommunalwahlgesetz</p>	Initiative befürwortet
4/40	<p>1.) Ausübung der Fachaufsicht über Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden; Hilfe zur Arbeit</p> <p>Stellenanteil: Die Aufgaben Nr. 1 – 5 des Referates 40 sind mit tatsächlich 2 Stellen zur Zeit besetzt (Stellenplan 2,5). Eine Aufteilung ist problematisch, da die Aufgaben eng miteinander verzahnt sind. Änderungen bzw. Verschiebungen werden sich mit Hartz 4 ergeben.</p>	Hartz 4 bleibt abzuwarten
4/42	<p>1.) Durchführung des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG)</p> <p>Anfrage beim Ministerium: Unterhaltssicherungsgesetz könnte auch beim Kreiswehrrersatzamt angesiedelt werden, nachdem es sich hier um Bundesgelder handelt.</p>	Vorschlag befürwortet
4/42	<p>8.) Bearbeitung von Anträge auf</p> <ul style="list-style-type: none"> o Erlangung eines Spätaussiedlers- oder Vertriebenenstatus mit Bescheinigungs- bzw. Ausweiserteilung o Eingliederungshilfe o Garantiefondsleistungen 	Vorschlag zur Verlagerung auf Bundesamt befürwortet
4/43	<p>18.) Erziehungsgeld</p> <p>Der Aufgabenbereich Erziehungsgeld könnte auch bei einer anderen Behörde angesiedelt werden. Es handelt sich hierbei um die Auszahlung von Bundesgelder. Der Landkreis hat die Personal- und Sachkosten zu tragen. Der Bereich Erziehungsgeld umfasst 2,0 Stellen. Ansiedlung ggf. beim Amt für Soziales.</p> <p>Konexitätsprinzip -> Personalkostenerstattung wäre zu prüfen.</p>	Vorschlag befürwortet
4/43	<p>23.) Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche;</p> <p>Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen und Bewilligung von Leistungen</p> <p>Prüfung von Kostenersätzen Dritter</p>	Gesetzesänderung erforderlich (§35a SGB VIII) Vorschlag befürwortet
4/45	<p>Beistandschaft.</p> <p>Überwiegend Rechtsgrundlagen aus dem bundesrechtlichen Bereich (BGB, SGB). Es wird die „Vollkaskomentalität“ kritisiert,</p>	Vorschlag befürwortet

	<p>d.h. die Verwaltung wird wie ein Anwalt tätig bei Klärung von Vaterschaften/Beistandschaften. Ein Anwalt erfüllt die gleichen Aufgaben und rechnet seine Gebühren nach der BRAGO ab; die Verwaltung erhält hierfür keine Gebühren oder andere direkte leistungsbezogene Einnahmen für das Tätigwerden. Frage ist, ob man sich dieser Aufgabe gänzlich entledigen kann und nur noch Anwälte diese wahrnehmen. Bei finanzschwachen Bürgern würde die Möglichkeit der Prozesskostenhilfe bestehen.</p> <p>Kreise und Städte würden hier entlastet, das Land / die Länder belastet werden. Im Ergebnis aber Entlastung des Gesamtfiskus.</p>	
4/45	2.) Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)	Hartz 4 bleibt abzuwarten, momentan keine Änderung im UVG beabsichtigt
4/46	<p>17.) Mitwirkung im Verfahren vor dem Vormundschafts- und Familiengericht gem. §50 SGB VIII Ausübung der Personensorge gem. §18 SGB VIII</p> <p>Gesetzesänderung: Diese Aufgabe könnten Gerichte selbst leisten mit eigenem Personal</p>	Vorschlag befürwortet, aber fraglich ob es sinnvoll ist alles bei Gericht anzusiedeln
5/50	<p>1.) Vollzug der Baugesetze (BauGB, BauNVO) und der Landesbauordnung (LBauO); Bauanträge, positive Bauvorbescheide, Befreiungsanträge, Baulasten, etc.</p> <p>Es wird ausgeführt, dass das Gebührenrecht zu komplex sei. Zum Teil würde die Berechnung der Gebühren mehr Zeit erfordern, als die Erteilung der Baugenehmigung. Einfacher wäre es das Gebührenrecht zu pauschalieren (auch mehr Transparenz für den Bürger)</p> <p>Vereinfachung der LBauO: Übertragung der Verantwortung auf Architekten und Bauherren. Ggf. Verstärkte Kontrolle notwendig</p>	Es sollte ein Schreiben an das Ministerium der Finanzen erfolgen, indem die Problematik aufgezeigt wird.
5/51	<p>1.) Kreiseigenes Bauwesen</p> <ul style="list-style-type: none"> o Neubaumaßnahmen o Umbau- und Erweiterungmaßnahmen o Sanierungsmaßnahmen o Bauunterhaltungsmaßnahmen <p>Energiebeauftragter des Landkreises DÜW Fachkraft für Arbeitssicherheit Lockerung der VOB: Verhandlungen mit den Bietern zur Reduzierung der Angebotssumme müssten zugelassen werden.</p> <p>Möglichkeit der freihändigen Vergabe bei Aufträgen bis bestimmte Auftragssummen</p>	Bisher: Wettbewerbsnachteil der öffentlichen Hand durch Verhandlungsverbot

7/Amtsärztlicher Dienst	Aufgabe: Krankenhilfe – BSHG	Hartz IV bleibt abzuwarten
7/Seuchen und Umwelthygiene	Aufgabe: Beratung und Kontrolle sowie Schutzmaßnahmen bei Befall von Kopfläusen (ggf. v. sonstigen Schädlingen/Lästlingen) in Gemeinschaftseinrichtungen Zielsetzung der Aufgabe: Aufklärung, Befallskontrolle, Bekämpfung und Verhinderung der Ansteckung	Infektionsschutzgesetz und Gesetz zum öffentl. Gesundheitsdienst ändern (Aufklärung den Hausärzten übertragen)